

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 9. März 2022 / Mercredi après-midi, 9 mars 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**31 2021.RRGR.348 Motion 229-2021 SP-JUSO-PSA (Stampfli, Bern)
Die Klimakrise gemeinsam bekämpfen**

**31 2021.RRGR.348 Motion 229-2021 PS-JS-PSA (Stampfli, Berne)
Combattre ensemble la crise climatique**

Le président. Nous passons à l'affaire du point 31 de l'ordre du jour, il s'agit d'une motion déposée par le groupe PS-JS-PSA. Le débat est libre et le gouvernement propose le rejet de cette motion. Je laisse tout d'abord la parole au porte-parole du groupe, M. le député Stampfli.

David Stampfli, Bern (SP), Motionär. Wir können die Klimakrise nur gemeinsam bekämpfen. Jedes Engagement von einzelnen Personen, mit dem sie sich bemühen, jede Eigenverantwortung, die man macht, ist zwar begrüssenswert, aber um am Schluss wirklich ein Ergebnis zu erzielen, braucht es uns als Gesellschaft. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir hier im Grossen Rat sind diejenigen, welche diese Spielregeln definieren, welche dem Regierungsrat den Auftrag geben können, wie er das angehen, wie er das Engagement des Kantons vergrössern soll. Genau um das geht es in diesem Vorstoss. Die meisten von Ihnen haben es mitbekommen, in den letzten zwei Jahren haben wir mehrfach über diese Themen abstimmen können.

Das Energiegesetz (KEng) wurde im Kanton Bern abgelehnt. Letzten Sommer wurde auf nationaler Ebene das Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) abgelehnt, und jetzt gerade kürzlich wurde die Motorfahrzeugsteuer im Kanton Bern ebenfalls abgelehnt. Die einzige Vorlage in diesem Themenbereich, die durchgekommen ist, ist der neue Verfassungsartikel, der im letzten Herbst angenommen wurde.

Welchen Schluss müssen wir daraus ziehen? Die Stimmbevölkerung wäre eigentlich durchaus bereit, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Aber sobald es konkret wird, finden wir keine Mehrheiten mehr. Die Gründe dafür mögen mehrschichtig sein. Aber es ist offensichtlich: Wir sind, – abgesehen von einem zusätzlichen Verfassungsartikel, der sehr wichtig ist –, bis jetzt im Kanton Bern nicht konkret weitergekommen. Dann ist die Frage, was wir alternativ machen können, wenn uns das nicht mit Vorlagen gelingt, welche Gebühren oder Verbote drin haben, die dann aber in der Stimmbevölkerung keine Mehrheit finden.

Unser Schluss ist: Der Kanton muss sein Engagement im Namen der ganzen Gesellschaft erhöhen, und zwar ganz konkret mit Massnahmen, wie z. B. einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Heute ist es so, dass der öffentliche Verkehr weniger als ein Drittel der täglichen Fahrten, die gemacht werden, ausmacht; im Gegensatz zum motorisierten Individualverkehr von über 60 Prozent. Eine andere Option ist sicher die Förderung von erneuerbaren Energien. Ich denke da insbesondere an die Wasserkraft, aber auch an die Fernwärme. Da kann der Kanton vorwärtsmachen.

Es ist uns allen aber auch klar, dass das viel kostet. Es braucht die finanziellen Mittel, um so etwas zu finanzieren. Nun ist es so, dass der Kanton Bern in den letzten Jahren regelmässig satte Überschüsse gemacht hat. Die meisten von Ihnen in diesem Saal wissen das, schliesslich haben wir auch regelmässig die Jahresrechnung genehmigt.

Was haben wir mit dem Geld gemacht? Wir haben es nicht gross weiter investiert. Erst im letzten Jahr ist uns in den Sinn gekommen, dass wir wohl zusätzlich Geld bräuchten, um Investitionen zu tätigen. Was wir hier mit diesem Vorstoss fordern, ist, dass wir das Geld zukünftig nicht mehr ein-

fach hauptsächlich für den Schuldenabbau verwenden, sondern dass man das Geld für dringend notwendige Investitionen einsetzt, um endlich die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Das ist bei den Mitteln, die wir haben, möglich.

Wir schlagen vor, dass man einen Fonds machen würde. Ich weiss, das Thema Fonds wurde auch schon besprochen – auch schon in dieser Session – und das löst offenbar gewisse Aversionen aus. Andererseits gibt es jegliche Fonds für ganz andere Sachen, und da ist das kein Problem.

Ich habe im Vorfeld mit verschiedenen Parteien gesprochen und mich erkundigt, wie so in etwa die Stimmung gegenüber diesem Vorstoss ist. Mir wurde mitgeteilt, dass man inhaltlich eigentlich durchaus interessiert ist und das Anliegen durchaus auch versteht, aber ein Fonds sei dann doch eher ein bisschen schwierig. Ich lasse es deshalb vorläufig noch offen, ob ich an der Motion festhalten will oder in ein Postulat wandeln würde. Je nachdem, wie die Debatte läuft und was ich so ein wenig aus dem Rat höre, würden wir uns überlegen, unseren Vorstoss in ein Postulat zu wandeln. Wenn wir sehen, dass wir keine Mehrheit haben, dann bleiben wir bei der Motion.

Ich lasse also jetzt in dem Fall die Tür offen und ich hoffe auf ein Entgegenkommen von allen, denen es ein Anliegen ist, dass wir die Klimakrise im Kanton Bern in den Griff bekommen.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Wir sind mit der SP einverstanden, dass wir die Klimaerwärmung bekämpfen müssen. Auch, dass das viel Geld kostet und dass sich der Kanton zukünftig noch mehr engagieren muss.

Hingegen sind wir mit dem Weg, wie diese Mittel bereitgestellt werden sollen, nicht einverstanden. Einen Klimafonds, gefüllt durch Rechnungsüberschüsse, erachten wir als nicht tauglich, und es ist völlig unsicher, ob die gesetzlichen Grundlagen überhaupt geschaffen werden könnten. Da hat die Mitte-Fraktion einschlägige Erfahrungen. Auch wenn ich nicht gerade eine Phobie vor einem Fonds habe, eine gewisse Abneigung habe ich schon. Wer garantiert, dass Rechnungsüberschüsse auch zukünftig anfallen? Wollen wir positive Rechnungsergebnisse schon zum Vornherein verplanen? Wollen wir die Dispositionsfreiheit des Kantons einschränken, quasi das Fell verkaufen, bevor der Bär erlegt ist?

Die Investitionen in den ÖV und die Finanzierung des ÖVs steigen seit Jahren beträchtlich, und weitere Steigerungen haben wir in jeder Bewilligungsperiode bewilligt. Eine zusätzliche Steigerung, neben den vorgesehenen, ist prüfenswert. Aber das muss wirklich überprüft werden. Mehr Fördergelder für erneuerbare Energien, da sind wir mit den Motionären einverstanden. Aber eben, das muss im Rahmen des Budgets passieren.

«Die Klimakrise gemeinsam bekämpfen» – dieser Titel ist treffend und wir wollen das auch genauso. Wir wissen aber auch, dass der Kanton nicht einfach alles verordnen oder mit Geld kaufen kann. Das unterscheidet die Mitte wahrscheinlich eher von der SP. «Gemeinsam kämpfen», wie es im Titel heisst, heisst für die Mitte-Fraktion, dass sich nicht nur der Staat, sondern alle Bürgerinnen und Bürger engagieren müssen. Die Klimakrise bekämpfen gelingt eben nur gemeinsam, wenn die ganze Bevölkerung vermehrt für diese grosse Aufgabe gewonnen werden kann. Das gelingt nicht mit Erziehungsmassnahmen und verordneten Abgaben und Befehlen von Bern oben herunter. Die Motionäre dürfen auch keine Phobien z. B. gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MiV) – dem Auto – haben. Wenn die Hälfte der Bevölkerung ständig beschuldigt wird, macht man niemanden zu Beteiligten. Dann gewinnt man keine Mitkämpfer. Wie viele gutgemeinte Ideen in dieser Politik sind schon gescheitert? Das CO₂-Gesetz, das vorherige KEnG, die Motorfahrzeugsteuern.

Dies an die Adresse der SP und der Grünen: Ich staune immer wieder, wie viele Menschen, die massiv in erneuerbare Energien investieren, alle Abstimmungsvorlagen abgelehnt haben. Die Politik muss Ziele verfolgen und alle Menschen motivieren, ihren Beitrag zu leisten. Die sind nämlich bereit dazu, als man denkt und als manchmal hier in diesem Saal die Abstimmungen ergeben. Allein die Staatskasse wird bei Weitem nicht ausreichen. Diesen Vorstoss lehnen wir deshalb ab. Wir helfen weiter, uns für die Energiestrategie zu engagieren, aber nicht mit dem Mittel des vorgesehenen Klimafonds.

Casimir von Arx, Schliern b. Köniz (glp), Fraktionssprecher. Für die glp-Fraktion sind Massnahmen zur Konkretisierung des Klimaartikels, den wir seit September in der Kantonsverfassung ha-

ben, ein zentrales Anliegen. Wir haben noch viel Arbeit vor uns – in den politischen Gremien des Kantons Bern und auch in den bernischen Gemeinden.

Unserer Auffassung nach braucht es für die Erarbeitung dieser Massnahmen einen umfassenden Ansatz im Sinne eines Masterplans. Es wurde ja auch eine überparteiliche Motion (M 265-2021) eingereicht – hier neben mir steht der Erstunterzeichner (*Der Sprecher weist auf Grossrat Remund. / L'orateur désigne M. le député Remund d'un signe de la main.*) –, die heisst: «Den Klimaschutz als Chance nutzen – Green New Deal für den Kanton Bern». Das ist ein Vorstoss, der einen umfassenden Ansatz verfolgt. Nun, die vorliegende Motion bezieht sich auf einen Einzelaspekt, nämlich auf die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen, und wir finden, es ist besser, wenn man die Finanzierungsinstrumente koordiniert mit den Massnahmen erarbeitet. Aus diesem Grund wollen wir nicht schon jetzt den Pflock einschlagen, welchen die vorliegende Motion fordert. Wir können den Vorstoss deshalb nur als Postulat annehmen. Als Motion würden wir ihn ablehnen. Aber der Motionär hat ja gesagt, dass er in Aussicht stellen würde, zu wandeln.

Auch aus technischen Gründen sind wir von diesem Vorstoss nur mässig begeistert. Wir würden nicht a priori ausschliessen wollen, dass der Fonds über Lenkungsabgaben und Gebühren geäuft werden kann oder zumindest teilweise so geäuft werden kann. Ausserdem dürfte es andere förderungswürdige Massnahmen gegen die Klimakrise geben, als den öffentlichen Verkehr und erneuerbare Energien, die im Vorstosstext zumindest in der Forderung nicht erwähnt sind: Bspw. sind der Langsamverkehr oder auch Massnahmen zur Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels im Vorstoss erwähnt.

Schliesslich haben wir auch generelle Vorbehalte gegen die Schaffung von neuen Kässeli, sprich Fonds. Aus diesen Überlegungen unterstützen wir diesen Vorstoss als Postulat, wenn er gewandelt wird, aber als Motion nicht.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Fraktionssprecher. Der Klimawandel erfordert in den nächsten Jahrzehnten riesige Investitionen. Der Krieg in der Ukraine macht klar, dass noch mehr Geld noch schneller eingesetzt werden muss, um vom Gas weg zu kommen. Ein Fonds macht auch grundsätzlich Sinn. Er kann den gleichmässigen Geldfluss gewährleisten, und die langfristigen Ziele können so besser unterstützt werden, ohne das Auf und Ab der Schwankungen. Ich gebe allerdings dem Regierungsrat recht, dass die Massnahmen wichtiger sind als der Fonds oder die Mittel dazu.

Unsere letzte, im Dezember eingereichte, überparteiliche Motion (M 265-2021) unterscheidet sich denn auch in dieser Frage. Sie stellt nämlich die Massnahme in das Zentrum, und nicht den Fonds. Andere, auch bürgerlich dominierte Kantone haben allerdings solche Fonds; der Kanton Graubünden z. B. richtet einen grossen Klimafonds ein oder der Kanton Thurgau hat auch einen Energiefonds, gespeist aus der Abgabe aus den Elektrizitätswerken. Die im Traktandum 93 behandelte Motion Rüeegsegger (M 053-2021) – nenne ich sie einmal – würde Geld aus den BKW-Dividenden bereitstellen. Das wäre eine ideale Ergänzung zu diesem Fonds hier.

Die Fonds-Phobie des Grossen Rates haben wir schon hinlänglich diskutiert. Ich kann sie in diesem Fall auch teilweise etwas nachvollziehen. Fonds erschweren die Transparenz und schwächen den Einfluss des Rates. Aus diesen Gründen – aber auch grundsätzlich – einen Fonds abzulehnen ist falsch. Fonds müssten auch grundsätzlich bezüglich ihrer Nützlichkeit zum Erreichen der Ziele betrachtet werden, und in diesem Fall hier spricht einiges dafür. Ich bitte deshalb um Unterstützung und um ein Ja zu diesem Vorstoss als Motion oder als Postulat. Die Grünen sagen einstimmig Ja.

Tabea Bossard-Jenni, Oberburg (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP anerkennt die Dringlichkeit, die Klimakrise zu bekämpfen und dazu die nötigen Mittel bereitzustellen. Trotzdem würde die EVP einem Fonds als Motion aber leider mehrheitlich nicht zustimmen.

Wir sind überzeugt, wir müssen die finanziellen Mittel generieren, um die Klimakrise zu bekämpfen. Nach dem Gedanken einer ökologischen Steuerreform wäre uns am liebsten, dass man eine zweckgebundene Abgabe, bspw. auf Strom oder auf fossile Energie, erheben würde. Die EVP ist zudem der Meinung, dass die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise nicht vom Jahresergebnis abhängig gemacht werden sollen. Denn wenn bspw. eine Null oder ein negatives Ergebnis

herausschaut, möchten wir ja trotzdem Geld in diesem Fonds oder in diesem finanziellen Topf haben.

Ein negativer Jahreserfolg entbindet uns nicht von der Verantwortung, Investitionen zu tätigen, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Eine Ablehnung von solchen Vorlagen aus Prinzip ist ein wenig schade. Manchmal entsteht mir hier im Rat ein bisschen der Eindruck, dass die Fonds-Phobie gewissen Parteien gerade gelegen kommt, da man dann nicht Farbe bekennen und sagen muss, dass man grundsätzlich gegen Klimaschutzmassnahmen wäre. Die EVP möchte sich natürlich nicht in dieser Kategorie verstanden wissen. Einem Postulat würden wir mehrheitlich zustimmen.

Marianne Dumermuth, Thun (SP), Fraktionssprecherin. Ja, warum kommen wir überhaupt auf die Idee, einen solchen Fonds zu verlangen? Das Wort «Fonds» steht ja eigentlich nicht unbedingt im Zentrum. Es geht darum, dass man eine langfristige Finanzierungsabsicherung hat, mit der man weiss, dass all das, was man sich mit diesem Artikel vorgenommen hat, über die ganze Zeit finanziell abgesichert ist. Das ist ein Riesenprojekt, worüber letztes Jahr abgestimmt wurde und wir ja eine Mehrheit haben. Darum geht es. Wir wollen nicht jedes Mal wieder die grosse, politische Interessensabwägung über den Klimawandel, die Klimaanpassung, die Finanzierung mit anderen Sachen. Wir haben jetzt einen Verfassungsauftrag. Den Verfassungsauftrag schaue ich staatspolitisch als etwas sehr Grosses an. So scheint es mir. Ich weiss, es gibt nichts, das über der Interessensabwägung steht, und trotzdem brauchen wir eine langfristige Finanzierungsabsicherung, denn die gibt Planungssicherheit. Wir erlebten ja letztes Jahr eine Art «Stop and go» bei der Förderung von erneuerbaren Energien, und das gibt Unsicherheit, ob plötzlich vom einen auf den anderen Tag weniger Mittel fliessen. Das demotiviert die Leute.

Es gibt die Transparenz; wofür das Geld dann auch immer eingesetzt wird. Denn wir haben einen breiten Auftrag. Wir haben nicht nur den Auftrag für erneuerbare Energien und ÖV. Wir haben gesagt, es müsse die Volkswirtschaft stärken. Also haben wir auch den Auftrag, Anschubfinanzierungen für innovative Technologien zu machen. Wir haben ja gesagt, das müsse sozialverträglich sein. Also haben wir auch den Auftrag, abzufedern, wenn etwas für gewisse Bewohnende allzu hart wäre. Für all das, dünkt es uns, braucht es die langfristige Absicherung.

Ob man das jetzt als Fonds macht oder ... Wir möchten einfach dem Regierungsrat die Botschaft geben, er soll sich darum kümmern, wie er das ausserhalb der Programme lösen will; oder in einem Programm, denn es gibt ja schon ganz viele Programme. Darum bitte ich Sie, diesem Grundsatz oder der Grundidee von genügend finanziellen Mitteln über eine grosse, lange Zeit zur Verfügung zu stellen, für all die Vorhaben, die wir bezüglich Klimaschutz und Klimaanpassung haben, zuzustimmen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU), Fraktionssprecherin. Die ganze Klimapolitik ist schon eine sehr interessante Politik. Genial, welche Möglichkeiten immer wieder aufkommen. Ich bin immer wieder von den technischen Möglichkeiten begeistert.

Klima und Energie sind kein neues Thema, auch keine neue Krise. Von der Zeit her war nämlich gerade hier in der gemässigten Zone das Thema Energie immer zentral, und das ist es immer noch. Die Bauweise der traditionellen Berner Häuser, z. B., erzählt davon. Es wurden immer die besten Lösungen nach den jeweiligen Wissensständen umgesetzt. Die beste Möglichkeit wurde angestrebt. Ob das ganz zurück in der Steinzeit, im Mittelalter oder in der Neuzeit ist, jede Phase hat etwas Gemeinsames: Energie kostet – nämlich Einsatz, Material, Währung und ganz wichtig: Willen.

Heute scheint das irgendwie anders zu sein. Wir setzen uns nicht selber ein, dafür bestimmen wir, was andere machen sollten. Ich bin da nicht ganz sicher, wer sich vielleicht, angelehnt an eine Phobie, einmal einer Behandlung stellen müsste.

Die EDU-Fraktion kann nur immer wieder wiederholen: Wir setzen auf gute Anreize und Voraussetzungen. Verbote und Gebote sind nicht zielführend, und eben auch nicht ein Fonds. Ja zu einem Klimaartikel zu sagen ist einfach. Etwas umzusetzen, was mein eigenes Portemonnaie betrifft, scheint schwieriger zu sein. Erneuerbare Energien und der ÖV kosten. Sie kosten viel Geld. Die Bereitschaft, diese Kosten zu tragen, wie sie eben sind – nämlich hoch –, ist nicht mit einem Fonds zu lösen, sondern mit unserer ganz persönlichen Herzenshaltung, unserem persönlichen Engage-

ment und der Investition. Das geschieht zum Glück bereits schon heute vielschichtig. Auf diesem Weg sind nämlich auch die Energieziele erreichbar. Die EDU-Fraktion lehnt die vorliegende Fonds-Forderung ab, auch in Form eines Postulats.

Peter Flück, Interlaken (FDP), Fraktionssprecher. Wir teilen mit unserer Fraktion das Anliegen der Motion – wie der Regierungsrat. Grundsätzlich sind staatliche Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, der Klimaveränderung notwendig. Das ist uns auch klar.

Die unbestritten notwendigen finanziellen Mittel sind aber über den ordentlichen Budgetprozess bereitzustellen. Dieser Diskussion stellen wir uns in unserer Fraktion sehr gerne. Über den geforderten Fonds ist das aus unserer Sicht aber nicht sinnvoll. Auch ein Fonds muss ja irgendwie gespeist werden, auch in einem Fonds ist nicht einfach so unendlich Geld verfügbar. Auch der Fonds muss, wie es hier aufgezeigt worden ist, allenfalls eben aus Überschüssen gespeist werden. Wenn wir keine Überschüsse mehr machen, dann haben wir genau auch kein Geld in diesem Fonds und die Sicherheit bezüglich Beiträgen wird dadurch auch nicht grösser. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Eventuell gibt es ein paar Stimmen für ein Postulat.

Walter Schilt, Utzigen (SVP), Fraktionssprecher. Marianne Dumermuth, ein Fonds steht hier sehr wohl im Mittelpunkt. Es ist für eine gewisse Klientel schon fast ein bisschen ein Reizwort; mindestens seit der Session 2019 wurde schon mehrmals darüber gesprochen. Ja, wir wollen die Klimaklimakrise gemeinsam lösen. Nur ist eben der Fonds keine konkrete Massnahme. Der Regierungsrat hat in der Begründung sehr plausibel dargelegt, warum es zu einer Ablehnung kommt. Dieser können wir folgen. Mit einem Rechnungsüberschuss einen Fonds zu äufnen ist wirklich nicht zielführend. Wie schon angetönt, bei mir persönlich, aber auch bei meiner Partei, ist ein Fonds in den seltensten Fällen zielführend.

Ein Klimaartikel oder auch ein Fonds nützen aber einen alten Hut, wenn wir nicht die letzte Meile im Planungs- und Baubewilligungswesen rascher, effizienter und in sachgerechter, dem Klima dienender Form in einer Güterabwägung lösen können; z. B. das Klima von der Denkmalpflege. Ich bin dankbar, dass in dieser Hinsicht auch der Regierungsrat bereit ist, Massnahmen zu ergreifen. Direkte, konkrete Fördermassnahmen aus einem Fördertopf sind zielführender.

Ich habe es gesagt, die Begründung des Regierungsrates ist plausibel. Die SVP-Fraktion aus unserem schönen Kanton Bern lehnt aus diesem Grund diesen Vorstoss ab.

Markus Wenger, Spiez (EVP), Einzelsprecher. Die SP kommt mit dieser Motion daher, weil sie überzeugt ist, dass Klimaschutz und Umweltmassnahmen in der Zukunft Geld kosten werden. Da haben Sie recht, zu 100 Prozent recht. Wir werden in der Zukunft ziemlich grosse Summen investieren müssen. Nicht zuletzt auch deshalb, da wir es zum Teil verschlafen haben und wir Massnahmen, die wir vor 20 Jahren hätten einleiten müssen, immer noch nicht umgesetzt haben. Darum müssen wir die entsprechenden finanziellen Mittel zwingend zur Verfügung stellen können.

Jetzt kommt aber das aber. Das Konstrukt dieses Fonds, das vorgeschlagen wird, ist in meinen Augen absolut falsch. Umso mehr, als dass man es noch mit zufälligen Überschüssen äufnet. Man würde also quasi die Mittel, die es braucht, einer gewissen Beliebigkeit unterstellen, da man nur dann Geld hätte, wenn es in der Vergangenheit Überschüsse gegeben hat. Das kann es nicht sein. Wir müssen also über die normale Budgetierung die Mittel zur Verfügung stellen, die es braucht. Selbst dann, wenn wir einen Verlust schreiben, können wir nicht zurückstehen, um die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die im Umweltschutz nötig sind.

Mir ist jetzt nicht ganz klar, was man denn mit dem Postulat will. Wenn wir die Einsicht haben, die Klimamassnahmen haben solch eine hohe Priorität, dass wir sie im ordentlichen Budget und wir sie jährlich zur Verfügung haben müssen, dann hilft uns das Postulat für irgendeinen Fonds eben nicht. Darum wäre ich froh um eine Erklärung, was man denn mit dem Postulat macht. Denn ein Fonds ist für mich wirklich absolut keine Hypothese in dieser wichtigen Angelegenheit. Darum müsste man in meinen Augen dort schon noch aufzeigen, was man mit dem Postulat will, wenn ich ihm zustimmen soll.

Le président. Le motionnaire souhaite s'exprimer avant le conseiller d'Etat. Je lui laisse la parole.

David Stampfli, Bern (SP), Motionär. Herzlichen Dank für die Diskussion. Auch wenn ich vom Spüren her ein wenig den Eindruck habe, dass es wahrscheinlich nicht ganz für eine Mehrheit reicht, war es trotzdem sehr interessant. Vielleicht kurz zur letzte Frage von Kollega Wenger: Ja, wenn ich ein Postulat hätte machen wollen, hätte ich von Anfang an ein Postulat gemacht. Wir finden, es ist eine Forderung, die eine Motion bedingt, deshalb haben wir eine Motion gemacht. Das Postulat wäre eigentlich eher ein Zeichen gewesen, um die Hand zu reichen. Aber ich habe den Eindruck, das ist nicht unbedingt ganz angekommen.

Ich stelle fest, dass wir eigentlich von fast allen Fraktionen Zustimmung erhalten haben, dass das mit der Klimakrise durchaus ein grosses Problem ist, dass wir gemeinsam handeln müssen, dass insbesondere der Kanton Bern in der Verantwortung steht, und dass wir offenbar mit den bisherigen Rezepten – mit den Abstimmungen – gescheitert sind. Ich bin schon mal sehr froh, dass das eigentlich unterdessen hier in diesem Saal Common Sense ist.

Ich stelle weiter fest, dass Fonds offenbar hier in diesem Saal nicht besonders beliebt sind. Alternative Vorschläge blieben für mich aber bis jetzt ein bisschen diffus. Es hiess, man solle es einfach über das ordentliche Budget finanzieren. Das kann man natürlich. Aber, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dann können wir uns nächsten Herbst im Budgetprozess darüber unterhalten, dass wir verschiedene Posten im ordentlichen Budget massiv erhöhen, damit wir genügend Geld haben. Das dürfte aus meiner Sicht nicht auf Kosten von anderen Budgetposten gehen. Ich bin also gespannt, wie Sie es dann finanzieren wollen.

Wir werden an der Motion festhalten. Ich bin gespannt, wer wirklich ernsthaft daran interessiert ist, dass wir den Klimaschutz im Kanton Bern ernst nehmen und gleichzeitig das nötige Geld zur Verfügung stellen.

Le président. La motion est maintenue en tant que telle. Est-ce que M. le conseiller d'Etat souhaite s'exprimer ? Oui, je laisse la parole à Christoph Ammann.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Was die Regierung angeht, kann ich eine klare Aussage machen: Sie nimmt das Thema Klimakrise, Klimawandel sehr ernst und sieht auch, dass man in gewissen Bereichen mehr Mittel einstellen muss. In diesem Sinn gibt es grundsätzlich Verständnis für das Anliegen der Motionäre, dass man zusätzliche staatliche Massnahmen braucht. In diesem Punkt sind wir uns einig. Im anderen allerdings nicht, bei dem es darum geht, ob man einen zweckgebundenen Klimafonds schaffen soll und damit eben die Massnahmen dort einrichtet. Die Überschüsse sollen aus den regulären Staatsrechnungen kommen.

Da sind wir jetzt eigentlich schon beim Prüfauftrag, den es jetzt nicht gibt, da an der Motion festgehalten wurde und der im Prinzip in der Antwort der Regierung schon drin ist: Es gibt die Möglichkeit einer Zweckbindung von Überschüssen. Das hat die Regierung in der Antwort ausgewiesen. Das wäre dann aber allerdings das Einrichten einer Spezialfinanzierung. Die Spezialfinanzierungen macht man in der Regel dann, wenn Einlagen aus Einnahmen kommen, die einen direkten Bezug zu den Ausgaben haben. Bei den Überschüssen aus der Staatsrechnung ist dieser direkte Bezug eigentlich zu den Ausgaben, die man nachher für die Bekämpfung der Klimakrise hat, nicht direkt oder nicht in jeder oder in der ganzen Breite gegeben. Deshalb kennt man Spezialfinanzierungen in diesem Bereich nicht. Man kennt sie aber im öffentlichen Verkehr oder beim Abwasser. Bspw. ist das Thema von den Gemeinden her bestens bekannt, nicht aber beim öffentlichen Verkehr oder bei erneuerbaren Energien.

Dazu kommt, dass man nicht von gleichbleibend hohen Überschüssen in den Staatsrechnungen ausgehen kann. Überschüsse, die wir schon eingerechnet haben: Bspw. durchschnittlich 150 Mio. Franken, die man in den nächsten 10 Jahren erwirtschaften müsste, damit man die Neuverschuldung, welche das Parlament in der Wintersession beschlossen hat – Neuverschuldung für Investitionen – gegenfinanzieren kann.

Das sind Fragen oder Probleme, welche die Regierung dazu führt, dass sie von einer Fonds-Einrichtung absieht und diesen Vorschlag macht. Dieser wurde hier im Saal auch schon formuliert

und wir haben ja auch in einer letzten Session – in der Budgetsession – gesehen, dass es funktioniert. Denn wie es Grossrat Stampfli gesagt hat: Das Parlament hat den Ernst der Lage erkannt und entsprechende Mittel eingestellt. Sie haben das damals das letzte Mal gemacht, als wir zusätzliche Mittel für unser Förderprogramm bekommen haben.

Das zeigt, dass die Möglichkeit vorhanden ist und vor allem, dass man dort auch im Rahmen der Budgetverhandlung, der Budgetfestlegung genau steuern kann, wohin Mittel fliessen. Man kann auch die Höhe festlegen. Das ist die Haltung der Regierung und das ist auch die Haltung, die zur Ablehnung der vorliegenden Motion führt.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 30 de l'ordre du jour. La motion a été conservée en tant que telle. Les député-e-s qui acceptent ce texte sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.348

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	49
Nein / Non	92
Enthalten / Abstentions	4

Le président. Vous avez rejeté cette intervention sous la forme d'une motion.